

„Substanzlose Drohungen“

WINDPARK Bürgermeister Soer wirft BI Verunsicherungstaktik vor

FLÖRSBACHTAL/JOSSGRUND (cw). Können sich Amtsträger, also auch Parlamentarier, strafbar machen, wenn sie in ihrer Kommune für den Bau von Windkraftanlagen stimmen? Ja, wenn sie gegen das Artenschutzrecht verstoßen, erklärt ein Hanauer Rechtsanwaltsbüro, das die Sachlage im Auftrag der Bürgerinitiative „Gegenwind Flörsbachtal“ geprüft hat (wir berichteten in unserer Samstagsausgabe). Dem widerspricht Flörsbachtals Bürgermeister Frank Soer entschieden und verweist auf eine Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebunds. Er kritisiert zudem, die „fragwürdigen Methoden, mit denen hier ehrenamtlich Tätige offenbar verunsichert werden sollen“.

Die Androhung rechtlicher Schritte vonseiten der Bürgerinitiative ist nicht neu. Bereits zu Jahresbeginn hatte der BI-Vorsitzende Hartmut Meins allen Entscheidungsträgern „rechtliche Schritte bis hin zur Klage“ angedroht, sollten die Bundesartenschutzgesetze nicht entsprechend berücksichtigt werden. Für Soer haben diese Drohungen allerdings keinerlei Substanz. „Schauen wir uns doch einmal an, was Flörsbachtals Gemeindevertreter beschlossen haben. Da ist zum einen die Entscheidung, dass sich das Parlament für die Nutzung von Windenergie auf Gemeindegebiet ausspricht. Außerdem beschloss man, entsprechende Flächen zur Windkraftnutzung zu verpachten. In beiden Fällen kann ich keinerlei Verstoß gegen Artenschutzgesetze erkennen“, unterstreicht der Bürgermeister im GT-Gespräch. Eine Ansicht, die durch eine Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebunds untermauert wird. Denn nach den ersten Androhungen der BI in dieser Hinsicht hatte Soer auf Anfrage eines Parlamentariers nachgefragt und die Antwort erhalten, dass Mandatsträger in einem solchen Fall nicht rechtlich be-

langt werden könnten. Offenbar verkenne man bei der Bürgerinitiative, dass das Parlament hier keine Entscheidung treffe, so Soer. Der Antrag zum Bau eines Windparks auf Flörsbachtaler und Jossgründer Gemarkung habe die Naturenergie Main-Kinzig gestellt und die Entscheidung über ein Ja oder Nein treffe das Regierungspräsidium Darmstadt (RP) und nicht die Parlamente in Flörsbachtal und Jossgrund. „Ich bin mir sicher, dass die Beamten im RP nach bestem Wissen und Gewissen und im Einklang mit den geltenden Gesetzen zu einer Entscheidung kommen werden. Deshalb glaube ich auch nicht, dass sie das Schreiben der BI sonderlich beunruhigt haben wird“, urteilt Soer.

Was ihn hingegen ärgere, sei der offensichtlich erneute Versuch der Bürgerinitiative, die ehrenamtlich tätigen Mandatsträger mit derlei „Störfeuern“ zu verunsichern. Er habe keine Probleme damit, wenn jemand kritisch seine Meinung äußere und dies auch an ihm als Bürgermeister „abzuarbeiten“ versuche. „Wenn aber ehrenamtliche Mandatsträger, die sich in ihrer Freizeit für die Gemeinde einsetzen, so angegangen werden, dann ist das für mich nicht akzeptabel“, stellte Soer klar, der zudem darauf verwies, dass erstaunlicherweise nicht alle Mandatsträger ein entsprechendes Schreiben erhalten hätten. Der Rathauschef bewertet den erneuten Vorstoß der BI als Zeichen, dass sich das Genehmigungsverfahren in Sachen Windpark offenbar seinem Ende nähere. Und da versuche die BI wohl noch einmal mit allen Mitteln, ihre Ansicht zu transportieren. „Das wird wohl noch ein Hauen und Stechen in nächster Zeit geben“, prophezeite Soer. Dennoch gehe er weiterhin davon aus, dass der Bau des Windparks trotz des Mopsfledermausvorkommens auf rechtlicher Basis möglich sei.